

**Diskursgruppe**  
**Wirtschaft**  
**OCCUPY:FRANKFURT**



**Verteilungsungleichheit**  
**Fakten, Analysen, Vorschläge**  
Januar 2013

Die Ansprechpartner der DGWi können via eMail erreicht werden. Über die Mailliste kann man weitere Gruppenmitglieder erreichen, bzw. Nachfragen.

Hinweis: Die Texte verweisen auf Grafiken und Statistiken, die gegenwärtig gestaltet und zeitnah eingepflegt werden.

Aktuelle Arbeitspapiere werden fortlaufend eingestellt, dem öffentlichen Diskurs zugänglich gemacht. Der jeweilige Stand thematischer Erarbeitung lässt sich den Protokollen der Sitzungen der DGWi entnehmen. Selbstredend unterliegen die Veröffentlichungen Prozesscharakter, wie die DGWi selbst. Optimierungen, Ergänzungen und Korrekturen werden fortlaufend vorgenommen, je nach Verlauf der internen Diskussionen, wie der erwünschten externen Kommentierungen, Anregungen etc.

Die DGWi freut sich auf regen Zuspruch und Austausch!

<http://www.occupyfrankfurt.de/diskurs/wirtschaft/>  
<mailto:wirtschaft@occupyfrankfurt.de>



## Über Diskursgruppe Wirtschaft

Die Diskursgruppe Wirtschaft (DGWi) sieht sich als eine kapitalismuskritische, wahlweise antikapitalistische, allen offen stehende Initiative im Rahmen von Occupy:Frankfurt (O:F). Die DGWi analysiert, diskutiert und dokumentiert die Wirkungsweise und Dysfunktionalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems, macht diese durchschaubar, bietet Lösungsvorschläge an und stellt Forderungen auf. Die inhaltliche Arbeit der DGWi beabsichtigt die Konkretisierung der wirtschaftspolitischen Ziele von O:F.

Wesentlich bedeutet das ein offensives Eintreten zur Überwindung des neoliberalen Casinokapitalismus, der Diktate durch die Finanzmärkte, zugunsten einer gerechten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, letztlich der Schaffung eines solidarischen Wirtschaftsmodells.

Hierbei gewährleistet die DGWi ein möglichst offenes und transparentes Diskursverfahren. So wie es bald nach der Besetzung des öffentlichen Raums am 15.10.2011 vor der EZB in Frankfurt vom AK Inhalte + Prozeduren formuliert worden war. Somit wird niemand ausgeschlossen, alle Argumente finden Gehör. Jedoch muss keineswegs jede Behauptung ständig aufs Neue erörtert werden.

*Basierend auf wertschätzendem Umgangs - und Gesprächsstil, setzt sich einzig durch "der sanfte Zwang des besseren Arguments". (Habermas)*

Die jeweiligen Ergebnisse werden protokolliert und analog wie digital zugänglich gemacht. Mehrheits- wie Minderheitenpositionen werden gleichfalls dokumentiert.

Die DGWi handelt eigenständig und selbstbestimmt. Dies betrifft sowohl die Auswahl der Themen, die Art und Weise und den Zeitpunkt ihrer Hinwendung an die Öffentlichkeit.

Personelle wie inhaltliche Überschneidungen mit anderen O:F nahestehenden Gruppierungen sind erwünscht, ebenso Kooperationen.

Die DGWi konstituierte sich im November 2011 nach Legitimierung durch die Asamblea (Vollversammlung) von O:F und tagt seitdem regelmäßig einmal die Woche.

Die DGWi diskutierte anfänglich eher allgemein die sog. Finanzkrise, legale (Rettungsschirme, Boni, e.a.) und illegale (Geldschöpfung, Kreditfinanzierung, Wirtschaftsbetrug, e.a.) Formen der Umverteilung, faktisch: Enteignung. Zudem einschneidende Maßnahmen zur einstweiligen Bewältigung der Krise (Schuldenschnitt, Verstaatlichung, e.a.).

Occupy Wall Street, "Banken in die Schranken" (O:F), so empörte sich die Zivilgesellschaft wegen der Ungerechtigkeit des neoliberalen Wirtschaftssystems und der Allmacht des Finanzkapitalismus.

Die DGWi wollte es genauer wissen. Sie vergrub sich in Tabellen, Statistiken und diverse Erklärungsmodelle. Sie fand heraus, welche funktionalen und dynamischen Prozesse den Reichtum der Wenigen und die Verarmung der Vielen begünstigen.

Die DGWi erkennt insgesamt 4 Bereiche volkswirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Mit den Resultaten der Analyse der Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital und der sekundären Ver-

- alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.
- die Beiträge auf alle Einkommensarten entrichtet werden (Schweizer Modell).
- die Renten auf 60 % des letzten Nettogehalts erhöht und
- die Auszahlungen für Spitzenverdiener dabei degressiv abgeflacht werden.
- die umlagefinanzierte gegenüber der kapitalgedeckten Rente rehabilitiert wird.

Dabei würde 1 zusätzlicher Steuerprüfer, der den Staat vielleicht 60.000 € p.a. kostet, nachweislich ca. 2 mio € mehr Steuern reinholen! Zu fragen ist, ob hier nicht eine staatliche Begünstigung von Steuerflucht vorliegt und sich der Staat der Beihilfe zu Straftaten schuldig macht.

## **Forderungen**

### **Steuerpolitik:**

siehe „Vermögensverteilung“ Keine weiteren Erhöhungen der Mehrwertsteuer-Sätze sowie der sonstigen Verbrauchsteuern.

### **Abgaben, Sozialversicherung und Transfereinkommen:**

Längerfristig ist ein System menschenwürdiger Grundversorgung anzustreben. Bis zu seiner Realisierung sollte ff. eingeführt werden: Im Gesundheitswesen eine Bürgerversicherung (in die alle einzahlen) mit wesentlich höheren Beitragsbemessungsgrenzen und Abschaffung der privaten Krankenversicherung.

Wiedereinführung der Arbeitslosen Hilfe i.H.v. 60 % des letzten Nettoverdienstes. Verlängerung der Höchstdauer der Arbeitslosen Geld-Zahlung auf 3 Jahre. Anhebung der Hartz IV-/ Sozialhilfesätze auf einen Betrag, der eine menschenwürdige Grundversorgung sicherstellt.

Stabilisierung der Renten, indem

- die Beitragsbemessungsgrenzen aufgehoben werden.

teilung über Steuern und Transfers, wendet sich die DGWi künftig an die Öffentlichkeit. Das eigenmächtige Gebaren der Finanzmärkte vermittelt Zinsen und Bankgeschäften versteht die DGWi als dritte Verteilungsrunde.

Die DGWi belegt die menschenunwürdige Umverteilung von unten nach oben als der kapitalistischen Wirtschaftsweise inhärent, politisch gewollt und volkswirtschaftlich dysfunktional. Die dem Kapitalismus innewohnenden Krisen verfestigen sich in ihrer neoliberalen Ausprägung zur Dauerkrise und entkernen die freiheitliche Grundordnung zur Fassadendemokratie.

Infolgedessen konzentriert sich die DGWi nunmehr erneut auf die 4. Verteilungsrunde, auf die "Bankenrettung" (ESM e.a.) genannte Renditegarantie für private Großgläubiger durch den Staat.

## Verteilung - Überblick, Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die Arbeitseinkommen sind gegenüber den Einkommen aus Gewinn und Vermögen in Deutschland seit ca. 30 Jahren die Verlierer. In den untersten Lohngruppen sind die verfügbaren Realeinkommen seit 2000 sogar um 10 % gefallen. M.a.W. der *gesamte Zuwachs* an Gütern und Dienstleistungen aus dem Anstieg der Arbeitsproduktivität, bzw. dem Wirtschaftswachstum wird von den Vermögensbesitzern und Unternehmen vereinnahmt.

Wenn schon die Einkommensschere sich dramatisch immer weiter öffnet, dann gilt dies erst recht für die Vermögen. Die Geldvermögen wachsen sogar exponentiell. In Deutschland besitzen die Millionäre davon fast die Hälfte.

Die unausgewogene Verteilung von Einkommen und Vermögen wird mittlerweile auch in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Unabhängig von der Frage der Gerechtigkeit ist sie auch volkswirtschaftlich dysfunktional. Schließlich muss in ihr einer der wesentlichen Gründe der Finanz-, Wirtschafts- und €-Krise gesehen werden.

Occupy hat den Menschen die Augen geöffnet, dass den Herren des Geldes die 99 % gegenüber stehen, die von ihnen ausgenommen werden und immer weniger vom großen Kuchen erhalten. Wir wollen diese **Spaltung** nicht länger hinnehmen.

Ausgehend von der notorisch unzulänglichen Verteilungsstatistik und weiteren Tatbeständen fragen wir nach den Ursachen und Folgen der Schieflage. Dabei eröffnen sich Perspektiven und Querverbindungen zu anderen Bereichen der

Einkommen. Analog müsste auch dem Arbeitskraft-Unternehmer das Recht eingeräumt werden, sämtliche Aufwendungen für die Bereitstellung und Erhaltung seines Kapitals „Arbeitskraft“, also für dessen tagtägliche Reproduktion durch Ernährung, Erholung steuermindernd geltend zu machen. Das Gleiche gilt für die Finanzierung der Ersatzinvestition in Form der Kinderaufzucht für die Zeit nach seiner totalen „Abschreibung“.

Die Sozialversicherungssysteme werden bisher ausschließlich von den Arbeitenden bzw dem Faktor Arbeit finanziert. Auch als Antwort auf eine ungünstiger werdende Alterspyramide und Arbeitsplatzvernichtung durch Automatisierung wäre daher eine Maschinensteuer, die auf das eingesetzte Anlagenkapital erhoben würde, in Erwägung zu ziehen. Sie würde Arbeitsplatz schaffende Betriebe entlasten und die Verlagerung arbeitsintensiver Produktion ins Ausland sowie die Substitution von Arbeit durch Ausrüstungskapital abmildern.

In der Differenz zwischen nomineller Besteuerung nach den Steuergesetzen und tatsächlicher Steuerlast schlagen sich natürlich auch die wesentlich größeren Gestaltungsspielräume bei der Einkommenssteuererklärung und Unternehmensbesteuerung nieder (u.a. Bildung von Rücklagen, Abschreibungsmodalitäten, Verlustausgleich). Allein die Tatsache des Quellenabzugs versetzt hier die Lohnsteuerpflichtigen in eine ungünstigere Ausgangsposition. Zudem gewähren sie damit, anders als Selbständige, dem Finanzamt einen unverzinsten Kredit.

Dabei „hilft“ ferner auch, dass infolge politisch gewollter Unterbesetzung der Steuerprüfung sich vieles der Kontrolle entzieht. So werden Betriebe im Schnitt nur alle 30 Jahre einmal geprüft. Kommunen mit schwacher Steuerfahndung gelten als attraktive Standorte.

„Am meisten profitiert haben von den Entlastungen bei der Einkommensteuer und den Sozialabgaben alleinstehende Spitzenverdiener, so das Ergebnis einer OECD-Untersuchung. Umgekehrt fällt Deutschland laut dieser Analyse dadurch auf, dass es ausgerechnet alleinstehende Geringverdiener und Alleinerziehende außergewöhnlich stark mit Steuern und vor allem Sozialabgaben belastet. So verstärkte der Staat die Ungleichgewichte noch.

Darauf weisen auch EU-Daten hin, nach denen die Sozialtransfers in Deutschland in den vergangenen Jahren immer weniger dazu beitrugen, die Armut zu verringern. Während die Armut vor Umverteilung – also allein aufgrund von Markteinkommen – in den vergangenen Jahren nur noch minimal zugenommen hat, sah das bei der Armutsquote nach Sozialtransfers ganz anders aus. Sie ist zwar immer geringer als ohne Umverteilung. Aber sie stieg spürbar an, von 12 Prozent auf die bereits erwähnten 15,5 Prozent. Ausgerechnet für die Schwächsten hat der Staat also die Hilfen verringert.“<sup>14</sup>

Steuersystematisch ist nicht einzusehen, warum Unternehmen und Selbständige sämtliche Aufwendungen, die für die Erbringung ihrer Leistung anfallen, von ihrem steuerpflichtigen Einkommen abziehen können, wohingegen Arbeitnehmer noch nicht einmal einen vollen Ausgleich für unmittelbare Bereitstellungskosten (Weg zur Arbeit, Kleidung, die während der Arbeit getragen und verschlissen wird) erhalten, geschweige denn den Aufwand für die Reproduktion ihrer Arbeitskraft „absetzen“ können.

Das Kapital des seit der Agenda-Ideologie geforderten und gefeierte „Arbeitskraft“-Unternehmers besteht aus seiner Arbeitskraft, das eines Bus-Unternehmers aus seinen Bussen. Jeglicher Aufwand für Unterhaltung, Betrieb, Reparatur und Ersatz seiner Busse vermindert sein zu versteuerndes

14 <http://www.zeit.de/2011/34/Deutschland-Ungleichheit>

Politik und Ökonomie, u.a. Banken, Geldsystem, Schulden als Kehrseite von Geldvermögen, €-Krise.

Unsere Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die Parole „**99 % gegen 1 %**“ die Verteilungsverhältnisse in der Welt zutreffend wiedergibt, in Deutschland gilt zumindest die Relation 90 % gegen 10 %. Die Realwirtschaft stagniert, die Staaten versinken im Schuldenumpf, doch die Vermögen der Millionäre glänzen mit zweistelligen Zuwachsraten.

Die Gelder der Reichen werden statt in Investitionen in der Realwirtschaft in Finanzprodukten angelegt. Dabei wird ihnen die künftige Verzinsung schon jetzt vom Staat garantiert.

Die **wachsende Ungleichverteilung** ist u.a. das Ergebnis einer rein angebotsorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Zinspolitik der Banken. Die neoliberale Agenda-Programmatik hat das Lohnniveau gesenkt, Kapitaleinkünfte entlastet und die Verschuldung bei Staat und Bürgern in die Höhe getrieben. Die durch sie erzeugten Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der €-Zone sind eine der Hauptursachen der €-Krise.

Steuern auf höhere Einkommen und Vermögen wurden drastisch gesenkt, Steuerhinterziehung wird weiter geduldet. Die skizzierten Fehlentwicklungen in der Verteilung werden durch das Eingreifen des Staates teilweise sogar noch verschärft. Die vom Sozialstaatsprinzip geforderte Steuererechtigkeit wird in ihr Gegenteil verkehrt.

Als ob diese Umverteilung von unten nach oben noch nicht genug wäre, wird nach der Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapitaleite und der fehlgeschlagenen Korrektur seitens des Staates die verbliebene Kaufkraft der 90 % weiter vermindert:

In einer dritten Verteilungsstufe auf den Finanzmärkten durch Zinsen und Bankgeschäfte, in einer vierten über Rettungsmaßnahmen für Banken und Finanzkapital, die dann durch Erhöhung der Massensteuern und Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge finanziert werden sollen.

Die Konzentration des Reichtums in wenigen Händen führt zu einem makroökonomischen Nachfrageausfall mit der Folge, dass die weniger Begüterten sich verschulden müssen, um ihren Lebensstandard einigermaßen aufrechterhalten zu können. Die Reichen leihen ihnen dann über Kreditinstitute das Geld, das sie selbst nicht ausgeben können.

Weil das jedoch nicht ausreicht, springt der **Staat als Nachfrager** of last resort ein und verschuldet sich (Keynes 'sches Deficit Spending, Konjunkturprogramme). Da die Überakkumulation inzwischen von einem zyklischen zu einem strukturellen Dauerphänomen geworden ist, müssen auch die Staatsausgaben auf Pump permanent aufrecht erhalten werden, um Rezessionsgefahren und deflationäre Tendenzen zu bekämpfen.

Die vagabundierenden Millionen blähen die Finanzmärkte auf und pervertieren sie in Spielcasinos mit unbeschränkter staatlicher Haftung. In der Krise müssen dann die 99 % die 1 % „retten“.

Geldschöpfung aus dem Nichts, Zinseszinsseffekt, ungezügelter Kreditvergabe und Wirtschaftskriminalität beschleunigen die Explosion der Geldvermögen und ihre Polarisation, bis Realwirtschaft, Staat und Normalbürger unter der **Last des Schuldendienstes** zusammenbrechen.

Durch all diese Entwicklungen wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter vertieft. Geld produziert Geld. Geld und Korruption durch Geld verschafft Macht und Einfluss. Vermögenskonzentration führt zu Fehlallokationen.

det. Zwar zahlt ein Viertel aller Einkommenssteuerpflichtigen in D fast  $\frac{3}{4}$  der Lohn- und Einkommensteuer, die untere Hälfte nur 6,5%, zu beachten ist aber:

- Mit steigendem Einkommen wachsen auch die Möglichkeiten der Steuervermeidung. Je höher das Einkommen, desto niedriger dürfte der tatsächlich gezahlte Steuersatz ausfallen
- Lohn- und Einkommenssteuer machen inzwischen nur 29% des gesamten Steueraufkommens aus; **Verbrauchssteuern**, die auch von Geringverdienern gezahlt werden müssen und bei denen es keine Progression gibt, dagegen gut 40 % [Abb. 18]. Die Belastung durch Verbrauchssteuern ist aber umso höher, je stärker das Einkommen in den Konsum geht. Normalverdiener entrichten daher einen wesentlich höheren %Satz ihres Einkommens an Verbrauchssteuern als Reiche, die nur einen Bruchteil ihres Einkommens konsumieren.
- Auch ohne Berücksichtigung der Verbrauchsteuern fallen die Verteilungswirkungen des Steuer- und Abgabensystems zu Gunsten der "Besserverdienenden" aus. Die **Sozialversicherungsbeiträge** setzen schon bei den kleinsten sozialversicherungspflichtigen Einkommen mit dem vollen Beitragssatz ein, während die relative Belastungswirkung bei den Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze immer kleiner wird. So zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht NRW 2006, dass das oberste Zehntel der Einkommensbezieher zunächst ("Brutto"-Ebene) ein Drittel der gesamten Einkommen auf sich vereinigt; bei den "Netto"-Einkommen steigt ihr Anteil dann sogar auf 35,6%.

unsichtbaren Hand des Marktes heute vor allem die öffentliche Hand dazu bei, dass Deutschland ein anderes Land geworden ist.“<sup>13</sup>

Lägen die Steuersätze auf Einkommen aller Art noch auf dem Niveau der Kohl-Ära, würden die Staatseinnahmen heute sogar um 3 % des BIP oder 75 Mrd € jährlich höher ausfallen. Gleichzeitig wurde der Anteil der Verbrauchssteuern von 34 % auf über 40 % erhöht und Steuer-Vergünstigungen für Arbeitnehmer gestrichen. Unterm Strich führt dies zu jährlichen Steuer-Mindereinnahmen von 40 Mrd €.

### **„Steuergerechtigkeit“ oder Reichtumsförderung durch das Steuersystem?**

Entscheidend für Lebensstandard und Binnenkaufkraft sind die Netto-Einkommen = nach Abzug von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen zzgl. staatliche Transfers wie Sozialleistungen und Subventionen. Diese verfügbaren Einkommen sollten durch die unterstellte Umverteilungswirkung der Steuern und Abgaben eigentlich zugunsten der Normalverdiener angehoben werden. Tatsächlich passiert aber das Gegenteil!

Verbrauchssteuern und Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung sorgen dafür, dass die Zielsetzung der progressiven Einkommensbesteuerung, die "stärkeren Schultern" auch stärker zu belasten, nicht nur nicht erreicht, sondern ins Gegenteil verkehrt wird:

- Entgegen der landläufigen Auffassung, dass die "Wohlhabenden" den Großteil der Steuerlast tragen, ist diese eher überproportional den Niedrigverdienern aufgebür-

Die Politik ist nicht willens, die Besitzstände und Pfründe ihrer Sponsoren anzutasten. Im Gegenteil: Sie tut alles, damit die Reichen noch reicher werden. Eine von der neoliberalen Irrlehre dominierte Wissenschaft liefert ihr hierzu die Rechtfertigungen und Instrumente.

Die Sicherung der unumschränkten Herrschaft des Finanzkapitals ist unverkennbar der rote Faden und die überragende Priorität der **neoliberalen Agenda**, die - unter den „Sachzwängen“ der Krise – jetzt der ganzen €-Zone aufgezungen werden soll.

Es drängen sich daher die folgenden Mindestforderungen auf:

- Eine die Massenkaufkraft stärkende Lohnpolitik
- Umverteilung von oben nach unten durch rigorose Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen
- Abkopplung der Öffentlichen Haushalte vom Diktat der Finanzmärkte
- Schaffung eines Systems menschenwürdiger Grundversorgung.

Nur über mehr Gerechtigkeit und Gleichheit und eine neue Machtverteilung ist die schleichende **Entdemokratisierung** und Refeudalisierung sämtlicher Lebensbereiche aufzuhalten. Formen und Entscheidungskriterien des Wirtschaftens müssen grundlegend verändert werden.

Ohne eine Zählung der Dynamik des Umverteilungsprozesses und ohne eine Umkehr der Verteilungsstrukturen wird die aktuelle Krise weiterschwelen, in immer neuen Formen aufflammen und schließlich in einem heillosen Debakel kulminieren.

13 <http://www.zeit.de/2011/34/Deutschland-Ungleichheit>

# Zur Einkommensverteilung in Deutschland

Die Arbeitseinkommen sind seit ca. 30 Jahren gegenüber den Einkommen aus Gewinn und Vermögen die Verlierer, denn

- es waren einmal 22 Jahre (von 1960 bis 1982) zunehmender Teilhabe der Bevölkerungsmehrheit am wachsenden Wohlstand durch Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und engagierte Gewerkschaften
- und danach 30 Jahre (1983 bis 2012, vgl. hierzu Abb. 1) tendenzieller Abnahme der Lohnquote zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen. (Lohn- und Profitquote ergeben zusammen das Volkseinkommen)
- allein von 2000 bis 2010 reduzierte sich die Lohnquote um 5,5 %-Punkte am Volkseinkommen; dies entspricht einem Geldäquivalent von [ca. € 800 Mrd.](#) in besagtem Zeitraum (Abb. 2)
- die Reallöhne sind seit dem Jahr 2000 gefallen und im EU-Vergleich belegt Deutschland den letzten Platz (Abb. 3). Dabei erleiden die zwei untersten Einkommensgruppen Einbußen im verfügbaren Einkommen um ca. 10%, das oberste Zehntel hingegen legt um über 15 % zu (Abb. 4).

Ursachen der für die breite Masse der Arbeitnehmereinkommen ungünstigen Entwicklung finden sich in der seit 30 Jahren verfolgten neoliberalen Wirtschaftspolitik in Deutschland, gekennzeichnet durch

- die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts gepaart mit einem Abbau der Arbeitnehmer-Rechte
- die Zunahme atypischer Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Minijobs) sowie des Anteils des Niedriglohnssektors
- die Deregulierung und Privatisierung wichtiger Güter-

## Ursachen und Folgen

Auch in D + EU wurde das Steuersystem in der Ära der angebotsseitigen Restrukturierung in eine Schiefelage gebracht zugunsten von kurzfristigen Gewinnen, Vernachlässigung von Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie Investitionen überhaupt. Begünstigt wurden dagegen immer anstößigere Managergehälter, Finanzjongleurstum und sozial-schädliches Vermögen aus faulen Krediten.

Die neoliberale Wende in der Steuerpolitik, forciert seit 1998, hat eine riesige Umverteilung von unten nach oben via „Steuerreformen“ (Senkung Spitzensatz ESt, KSchSt, ErbschSt, QuellenSt...) bewirkt. Dabei ist die Politik offenbar blind dem Dogma gefolgt, dass eine Senkung der direkten Steuern (und insbesondere ihrer Spitzensätze) Investitionen und wirtschaftliche Dynamik fördere und alle an dem versprochenen Aufschwung teilnehmen lasse. Zu ihren Gunsten kann man nur annehmen, dass sie schlicht auf die Versprechen der Arbeitgeber hereingefallen ist, unter den verbesserten Profit-Bedingungen mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

Zur Auseinanderentwicklung dürfte maßgeblich die Einführung der **Abgeltungssteuer** von 25 % auf Kapitaleinkünfte beigetragen haben. Arbeit wird seitdem ungefähr doppelt so hoch besteuert wie Couponschneiden.

Zwischen der niedrigen Besteuerung der „Besserverdienenden“ sowie dem Verzicht auf Erbschafts- und Vermögensteuern auf der einen und hoher, steigender Staatsverschuldung auf der anderen Seite besteht ein unübersehbarer Zusammenhang. „Zuletzt wurde die Erbschaftsteuer so reformiert, dass heute ganze Konzerne praktisch steuerfrei vererbt werden können. Stärker wurden die Reichen in der Bundesrepublik wahrscheinlich noch nie entlastet. So trägt neben der

ierlich gestiegen, während die effektiv gezahlten Gewinn- und Gewerbesteuersätze drastisch gefallen sind.

Die effektive Gesamtsteuerlast auf Gewinne der Kapitalgesellschaften betrug 2001-2004 nur 8-12 %<sup>11</sup>. Zwischen 2000 und 2010 haben Steuersenkungen für Konzerne und Reiche in D zu 335 mrd € Steuerausfällen geführt<sup>12</sup>.

Nicht berücksichtigt ist dabei das gigantische Ausmaß von Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Steuerflucht. Schon 2003 schätzte die Deutsche Steuergewerkschaft den Umfang der Steuerhinterziehung auf 70 mrd €.

Aus Kreisen des Bundesfinanzministeriums werden die Steuerausfälle, die aus der Hinterziehung jedes Jahr entstehen, sogar auf mehrere hundert Milliarden Euro beziffert. Interessant wäre auch, diese Summen einmal dem Umfang des sog. Missbrauchs sozialstaatlicher Leistungen gegenüber zu stellen.

11 <http://www.metropolis-verlag.de/Geheimnisse-der-Unternehmenssteuern/450/book.do> - Jarass/Obermair, Geheimnisse der Unternehmenssteuern, 2004

12 [http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen\\_der\\_arbeitsgruppe/sondermemoranden/sondermemorandum\\_2010/index.html](http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/veroeffentlichungen_der_arbeitsgruppe/sondermemoranden/sondermemorandum_2010/index.html) - Sondermemorandum 2010, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

- und Dienstleistungsmärkte
- eine die Gewinn- und Vermögenseinkommen entlastende Steuerpolitik
- eine gezielte Nichtausschöpfung von Verteilungsspielräumen mit dem Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Konkurrenzfähigkeit der Exportwirtschaft.

Die Folgen dieser Entwicklung sind

- die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen
- eine gravierende Konzentration der Einkommen (Abb. 5) und der Vermögenszuwächse im oberen Segment der Bevölkerung (Abb. 6)
- im Gegenzug eine zunehmende Anzahl von Haushalten mit geringem Einkommen, die zudem tendenziell in die Verschuldung getrieben werden, um ihre existentiellen Bedürfnisse zu befriedigen
- die Zunahme der Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Vermögen mit dem Ergebnis, dass
  - die heimische Konsumnachfrage mangels Kaufkraft niedrig ausfällt und daher
  - immer größere Anteile des Volkseinkommens keine volkswirtschaftlich produktive Verwendung finden und insofern spekulative Anlagemöglichkeiten suchen
- Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den anderen €-Ländern, die eine ausgewogenere, produktivitätsorientierte Lohnpolitik verfolgen; die daraus resultieren-

den Exportüberschüsse der deutschen Industrie sind eine der Ursachen der Schuldenkrise im €-Raum.

Besonders auffällig zeigt sich die vorgenannte Entwicklung im Jahre 2011 darin, dass

- die 30 Dax-Firmen ca. € 100 Mrd. an Gewinnen einfahren und davon € 27 Mrd. als Dividende ausschütten
- als Kompensation die Arbeitnehmer in besonders gewinnträchtigen Firmen mit großzügigen Einmalzahlungen versöhnen und damit versuchen, langfristig wirksamen Lohn- und Gehaltserhöhungen vorzubeugen
- ca. 60 % der mittelständischen Unternehmen über umfangreiche Bar-Reserven (größer € 1 Mio pro Unternehmen) verfügen, für die keine kurzfristig erkennbaren Investitionsvorhaben bestehen.

## **Steuern + Transfers**

### ***Korrektur der Ungleich-Verteilung durch den Staat ?***

Das ungerichtete Wirken des freien Marktes führt zu ungerechten Ergebnissen. Die Politik gibt vor, Fehlentwicklungen der Einkommensverteilung würden durch nachgelagerte Verteilungsrunden der Steuerpolitik und durch direkte Transfers korrigiert. Damit sei den Aspekten gesellschaftlicher Wohlfahrt und einer gerechten Einkommensverteilung Genüge getan.

Durch gezielte Medienarbeit herrscht in der Bevölkerung allgemein der Eindruck vor, dies sei so. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die Fakten zu überprüfen, da insbesondere die Steuerpolitik seit 2000 auf eine kontinuierliche Entlastung von Gewinn- und Vermögenseinkommen gesetzt hat.

### ***Fakten der Statistik***

Der Anteil der Vermögens- und Erbschaftssteuer am Gesamtsteueraufkommen bzw. am BIP in Deutschland ist mit Abstand der niedrigste aller größeren Industrieländer.

Bei der Besteuerung von Kapital und Vermögen in EU rangiert Deutschland laut OECD an vorletzter Stelle, bei den Steuersätzen von Kapitalgesellschaften sogar auf dem untersten Platz. Die Steuerlast ist seit 1960 immer stärker von den Steuern auf Gewinne und Vermögen auf die Steuern auf Arbeit und Verbrauch verlagert worden.

In % ihrer Bemessungsgrundlagen sind die Lohnsteuer und die Arbeitnehmer-Belastungen durch Sozialbeiträge kontinu-

zen. Schluss mit der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste!

Bereitstellung einer aktuellen Verteilungsstatistik, mit statistischen Daten über Einkommen und Vermögen der 1 % wirklich Reichen und 0,001% (= 500) Superreichen und systematischer Erfassung der Grundbesitzverhältnisse.

## ***Wir fordern daher***

die gerechtere Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verteilung des Volkseinkommens durch

- Löhne und Gehälter, die sich an der jährlichen Produktivitätsentwicklung und der Inflation orientieren,
- Auflösung des Niedriglohnssektors und Einführung flächendeckender gesetzlicher Mindestlöhne mit einer Untergrenze von € 10/Stunde (als Voraussetzung für ein auf eigener Arbeit basierendes würdiges Leben),
- Anhebung der Entlohnung der untersten Einkommensgruppen bei Leiharbeit und sonstigen prekären Beschäftigungsverhältnissen (insb. im Dienstleistungsbereich),
- Sicherstellung einer menschenwürdigen Grundversorgung für Menschen ohne geregelte Arbeits- /Einkommensverhältnisse
- Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Deckelung von Managergehältern (die Höhe der Managergehälter soll der Zustimmung der Unternehmensbelegschaft unterliegen)
- Rücknahme der seit 10 Jahren praktizierten steuerlichen Entlastung von Unternehmens- und Vermögenseinkommen zulasten der Arbeitseinkommen
- Rückkehr zu einer sozialpartnerschaftlich organisierten und am Gemeinwohl orientierten Wirtschaftsweise.

- die Aufgabe der einseitigen Exportorientierung zugunsten der Stärkung der Binnenwirtschaft. Eine stärker die Inlandsnachfrage fördernde Wirtschaftspolitik ist darüber hinaus geeignet, innereuropäische volkswirtschaftliche Ungleichgewichte abzubauen.

- Schließung der Steueroasen. Tax Justice Networks schätzt die in Steueroasen versteckten Vermögen der Superreichen (Vermögen über 50 mio \$) auf 32 bn \$.
- Steuerpflicht aller deutschen Staatsbürger gegenüber dem deutschen Fiskus unabhängig vom Wohnsitz
- Vereinfachung des Steuersystems, da seine Komplexität nur den Wohlhabenden nutzt.
- Verstärkte Steuerprüfung und Bekämpfung von Steuerhinterziehung.

Abkopplung der Öffentlichen Haushalte vom Diktat der Finanzmärkte:

1. Neuverschuldung nur noch zinsgünstig über eine europäische Bank für öffentliche Anleihen
2. Vollgeldsystem: Das jährliche Wachstum der Geldmenge wird der öffentlichen Hand für Zukunftsinvestitionen und gemeinwohlorientierte Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt.
3. Zwangsanleihen mit niedrigen (bzw. neg. Real-)Zinssätzen für Geldvermögende > 250.000 €

Beteiligung der Arbeitnehmer (mit mindestens 50 %) am Unternehmenskapital über stimmberechtigte Anteile mit Verpflichtung zur Mitwirkung an Grundsatzentscheidungen.

Schuldenaudits, mit denen Herkunft und Berechtigung der Schulden im Einzelnen geprüft werden

Schuldenschnitte (von 50 % auf alle Staatsanleihen mit einer Schongrenze von 100.000 €) Marktwirtschaftlich konforme stärkere Gläubigerbeteiligung an (drohenden) Insolven-

Geldvermögens, ca. 2,5 bn €. Die von uns geforderte Vermögensabgabe erbrächte mithin ca. 300 mrd €, was in etwa dem Bundeshaushalt entspricht.

- Laufende Besteuerung der hohen Vermögen: Progressive Vermögensteuer, z.B. von 1% p.a. ab 1 mio € bis auf 20 % ab 10 mrd € bei angemessener Freistellung von Produktivvermögen.
- Erhöhung der Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden auf 50 % mit der Option (falls individueller StSatz geringer) bzw. der Pflicht (falls höher) einer nachträglichen Besteuerung nach dem persönlichen ESt-Tarif.
- Übergang auf Rising Tide Tax System: Steuern sind jährlich variabel an einer maximal zulässigen Einkommens- und Vermögensspreizung bzw. an einem festzulegenden Vielfachen des Durchschnittsverdienstes eines Arbeitnehmers/Grundeinkommens als Zielmarke zu orientieren.
- Analog: stark progressive ErbschaftSt auf bis zu 95 % für Vermögen über 1 mrd €, da 80% der Vermögen auf Erbschaften beruhen.
- Drastische Anhebung der ESt-Spitzensätze auf bis zu 75 % mit einem Höchstsatz von 25 % auf Einkommen aus Arbeit unter 100.000 €.
- Finanztransaktionssteuer von mindestens 0,1% auf sämtliche (börslichen und außerbörslichen) Finanzgeschäfte. (Lt. einer DIW-Studie für die SPD-Bundestagsfraktion könnte eine FinanztransaktionsSt von jeweils 0,1% für Käufer und Verkäufer von Aktien und von 0,01% auf Termingeschäfte jährlich 11 mrd € einbringen.)

## Vermögensverteilung

### **Statistische Fakten - Extrem schiefe Verteilung**

Das Gesamtvermögen belief sich 2010 in Deutschland auf rund 10 Billionen €; dabei werden Immobilienvermögen nur unzureichend erfasst und weit unterschätzt (Abb. 7). 2/3 aller Vermögen in Deutschland befinden sich in den Händen der reichsten 10%. Die obersten 1 % besitzen allein 36 %, nur 1 ‰ besitzen 22,5 %. Die Hälfte der Deutschen verfügt dagegen insgesamt über ein Nettovermögen von praktisch Null! (Abb. 6)

Diese **Ungleichverteilung** hat in den vergangenen 30 Jahren in allen Industriestaaten zugenommen (Abb. 8). Weltweit ist diese Schieflage allerdings noch ausgeprägter: Das private Gesamtvermögen (Geldvermögen + Immobilien + hochwertiges Gebrauchsvermögen ./. Schulden) betrug Mitte 2011 weltweit 230 bn \$. Davon besitzt die untere Hälfte der Weltbevölkerung weniger als ein Prozent. Dagegen verfügen die Reichsten 10 % der Menschheit über 85 % des globalen Vermögens. Und die Top-1 % (Millionärshaushalte) nennen fast 45 % ihr Eigen (Abb. 9).

2007 summierte sich das in Form von Krediten, Anleihen und Aktien angelegte zinstragende und fiktive Kapital **global** auf 376 % des Sozialprodukts<sup>1</sup>. (Fiktives Kapital wird durch auf den Kapitalmärkten gehandelte Eigentumstitel repräsentiert. Dabei werden Erwartungen in Wertpapieren eingepreist, die nicht durch reale Werte gedeckt sind, sondern aus der Hebelung mittels Derivaten, künstlich hochgetriebenen Kursen etc. resultieren.) Nimmt man das Vermögen aller Millionäre und Multimillionäre **Europas** zusammen, er-

<sup>1</sup> Weltbank, Financial structure database

gibt das die geschätzte Summe von zehn Billionen Euro. Rechnet man die Schulden aller EU-Staaten zusammen, kommt man ebenfalls auf zehn Billionen Euro<sup>2</sup>. Die **Geldvermögen** wachsen exponentiell. Dabei geht die Schere immer schneller auseinander. Allein das private Geldvermögen in Deutschland hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdreifacht: Es stieg von 1.635 Milliarden € 1990 auf mittlerweile über 5.000 Milliarden Euro. Damit wächst es weit schneller als das BIP. Machte es 1950 57 % des BIP aus, so war es 1985 etwa gleich und 2010 doppelt so groß. (Abb. 10)

Die Geld-Millionäre in Deutschland besitzen fast die Hälfte des gesamten Geldvermögens. Ihr Anteil wächst überdurchschnittlich und nimmt damit stetig zu. Der leichte Einbruch 2008 ist binnen 2 Jahren mehr als ausgeglichen worden. Bereits Ende 2010 lagen die Vermögen des Geldadels wieder deutlich über dem Vorkrisen-Höchststand. Allein 2010 sind die Geldvermögen der Millionäre in Deutschland um 177 Mrd € oder 9 % angestiegen, weltweit sogar um 14 %. Diese Tendenz hat sich 2011 fortgesetzt<sup>3</sup>. Die Krise schlug sich also ausschließlich in der Verschuldung der Öffentlichen Haushalte und dem Portemonnaie von Otto Normalverbraucher nieder.

## **Ursachen der Polarisierung und Vermögenskonzentration**

Die wachsende Ungleichheit ist nicht zuletzt das Ergebnis der rein *angebots-orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik* seit Rot-Grün.

Seit der neoliberalen Wende verstärken systematische Steuerentlastungen für hohe Einkommen, Unternehmen, Gewinne und Zinsen die Konzentration bei den Oberen Zehntau-

<sup>2</sup> Spiegel, 38/2011, S.59

<sup>3</sup> Credit Suisse, Global Wealth Report 2011

## **Vorläufige Positionsliste**

Wenn die Dynamik der Ungleichverteilung das soziale und wirtschaftliche System nicht zu einer Explosion führen soll, muss Politik bewusst und entschlossen gegensteuern, d.h. in verschiedensten Formen von oben nach unten umverteilen. Dabei sind folgende Aspekte zu beachten:

- Gerechtigkeit, u.a. Chancengleichheit für Kinder
- Sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft
- Volkswirtschaftliche Auswirkungen
- Wirtschaftliche Aktivitäten nur im Rahmen von am Gemeinwohl orientierten statt von Lobbyisten formulierten Gesetzen sowie unter Beachtung ethischer Grundsätze.
- Strengere und konsequente Ahndung von Regelverletzungen. (Verantwortungsprinzip mit Sanktionen für Fehlhandlungen und Rückforderung unberechtigt erlangter Gewinne und Boni. Aufhebung der Verfolgungsverjährung für Wirtschaftsstrafsachen.)

## **Wir fordern daher**

neben einer die Massenkaukraft stärkenden Lohnpolitik [siehe „Einkommensverteilung“] eine Umkehr in ff. Bereichen:

Steuern:

- Einmalige Vermögensabgabe von z.B. 15 % auf Geldvermögen über 1 Mio €; Die Geld-Millionäre in Deutschland besitzen fast die Hälfte des gesamten

- Verarmung breiter Bevölkerungskreise, die auf Transferleistungen angewiesen sind (Kinder, Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger).

## Aktuelles Fazit

Statt das Versagen der Finanzmärkte zur Kenntnis zu nehmen und sie entsprechend neu zu ordnen, wird (mit ESM und Fiskalpakt) eine Fiskaldiktatur geschaffen, um ihr „Vertrauen“ zurückzugewinnen. In der Privatwirtschaft wäre ein solches Verhalten als „Beihilfe zur Insolvenzverschleppung“ strafrechtlich sanktioniert.

Dabei soll die Sanierung ausschließlich mit Hilfe von Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden. Einnahmeerhöhungen, z.B. über eine höhere Besteuerung der großen Vermögen, werden ausgeblendet oder vorab für tabu erklärt.

Bis auf wenige Ausnahmen ist nicht die zügellose Verschuldung des Staates der Kern der Probleme, sondern exzessive Kreditaufnahme des privaten Sektors.

In dem Maße, in dem es der neoliberalen Glaubensgemeinschaft gelingt, die deutsche Agenda-Politik dem „Rest“ der €-Zone aufzuzwingen, werden die akkumulierten Finanzkapitalien weiter wuchern, die Schere zwischen Arm und Reich sich weiter öffnen. Europa wird auf den abschüssigen Weg in die Schulden-Knechtschaft gedrängt: Vom Steuer- über den Schulden- zum Konsolidierungs- und autoritären Austeritätsstaat<sup>10</sup>.

---

10 W.Streck

send. Verschärft wird dies durch steuerliche Abzugs- und Vermeidungsmöglichkeiten sowie durch direkte Steuerhinterziehung.

Vermögen entstehen und wachsen nicht zuletzt durch *Wirtschaftskriminalität*. Ihre Bekämpfung wird von der Politik sträflich vernachlässigt. Dabei kommt der Kreditvergabe seitens der Geschäftsbanken mit Überbewertung von Immobilien eine besondere Bedeutung zu. Dies führt zu Überfinanzierung, Immobilienblasen und deren Platzen.

Der *Zinseszinsseffekt* beschleunigt die Ansammlung der Vermögen in wenigen Händen noch einmal besonders. Im Preis jeder Ware stecken durchschnittlich 35 % Zinskosten. Analog verhält es sich mit Mieten und Steuern. Mieten werden als effektive Zinsen auf Hypothekenkredite resp. als fiktive auf Kapitalien eingefordert, die längst zurückgezahlt resp. amortisiert sind.

Von dieser destruktiven Dynamik des Zinssystems profitiert nur ein verschwindend kleiner Teil der Gesellschaft. 80 % der Bevölkerung in Deutschland zahlen auf Kredite und über die in allen Preisen versteckten Zinsen durchschnittlich doppelt so viel an Zinsen, wie sie selbst einnehmen. Nur 10 % weisen einen positiven Zinssaldo aus<sup>4</sup>.

Durch nahezu unbeschränkte *Buchgeldschöpfung* der Banken über Kreditvergabe fällt diesen dabei praktisch der gesamte Zinsertrag zu. Die rascher als das nominelle BIP wachsende Geldmenge begünstigt Blasenbildungen. Die privaten Kredite von Banken stiegen im Verhältnis zum BIP zwischen 1960 und 2007 in Deutschland von 39 % auf 105%<sup>5</sup>. Gesetzwidrige und Kunden schädigende *Kreditvergabe* an Privathaushalte für Konsum und Immobilien verstärkt die Ungleichverteilung zusätzlich:

---

4 H.Creutz

5 Weltbank, Financial structure database

- zunächst durch Generierung von Zinszahlungen
- bei Zahlungsschwierigkeiten durch Pfändung von Einkommen und Vermögen
- bei Überschuldung durch *Enteignung* im Wege der Zwangsversteigerung.

Käufer der in CDOs verpackten Subprime-Kredite verlieren ihr Geld, während die Verbriefungs-Piraten ihre Provisionen und Boni längst auf Yachten und in Luxusimmobilien in Sicherheit gebracht haben. Insolvente marodierende Banken werden, sofern „systemrelevant“, auf Staatskosten saniert, womit das Roulette von Neuem beginnen kann. In den westlichen kapitalistischen Ländern werden die Gläubiger systematisch von Recht und Politik geschont und gepöppelt, die Schuldner an den Pranger gestellt und bestraft. Dahinter stehen vor allem die Interessen des Finanzkapitals, das darauf besteht, seine Zinsansprüche und die Rückzahlung des von ihm verliehenen Geldes sicher zu stellen.<sup>6</sup>

## Folgen

Das Auseinanderdriften der Einkommen verhindert eine Vermögensbildung bei der Mehrheit der Bevölkerung. „Der wachsende Schuldenberg fordert zunehmend seinen Tribut in Form von Zinslasten, die von den Schuldnern im Durchschnitt immer schwerer aufzubringen sind, die immer größere Teile des Sozialprodukts beanspruchen und die an die Geldvermögensbesitzer bzw. an die Banken fließen.“<sup>7</sup> Geld verschafft Macht: von der Beeinflussung von Wahlen über die lobbyistische Unterwanderung der Parlamente bis zum mas-

- sprunghafte Ausweitung der Staatsschulden in Folge „systemischer“ Rettungen
- Spekulation und Asset Price Inflation → Blasen → Crash → **Krise**.

Es sind eindeutig die Vermögen der Superreichen und nicht die bescheidenen Ersparnisse der Normalbevölkerung, die für die Potenzierung der Risiken in den Finanzmärkten verantwortlich sind.

## Vermögen und Schulden

Dem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen steht ein entsprechendes exponentielles Wachstum der Schulden gegenüber. An die Stelle des Wachstums der Nachkriegsjahre sind als „verteilungspolitische Pazifizierungsinstrumente“<sup>9</sup> seit 40 Jahren Inflation, Staats- und Privatverschuldung getreten – bis zum Zusammenbruch des „Pumpkapitalismus“. Schulden und Geldvermögen sind immer zwei Seiten derselben Medaille. Misere der „Staatsanleihen“ und Blüte des Millionärsreichtums gehören zusammen. Eine Rückführung der privaten und öffentlichen Verschuldung ist daher nicht ohne eine Begrenzung des Geldvermögenszuwachses zu erreichen. Der Fiskalpakt ignoriert diesen Zusammenhang. Andernfalls bedeutet Schuldenbremse nichts anderes als

- Einschränkung der öffentlichen Daseinsvorsorge inkl. Bildung, ÖPNV etc. mittels Wegfall oder Privatisierung
- Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst mit Ausstrahlung auf das Lohnniveau in allen anderen Bereichen

<sup>6</sup> Siehe hierzu Michael Hudson, David Graeber

<sup>7</sup> B.Senf, Zinssystem und Staatsbankrott, in: Ästhetik & Kommunikation, Oktober 1996

<sup>9</sup> W.Streck

siven Druck auf die Justiz. Die von der Politik stets propa-  
gierte Chancengleichheit wird zur Chimäre. Stattdessen  
führt die ausufernde Polarisierung von Einkommen und Ver-  
mögen zu einer **Spaltung der Gesellschaft**. Untersuchun-  
gen zeigen jedoch: Menschen in Gesellschaften mit mehr  
Gleichheit sind glücklicher.<sup>8</sup> Die durch die sog. Reformen auf  
die Spitze getriebene Ungleichheit hat aber nicht nur gesell-  
schaftliche Spannungen, sondern auch ökonomische Instabi-  
lität heraufbeschworen. In den Industrieländern herrscht

### Nachfragemangel, weil

- die Massenkaufkraft schwindet
- die Reichen ihre monströsen Geldvermögen gar nicht mehr konsumieren oder produktiv investieren können bzw. wollen
- die Sparquote umso höher ausfällt, je größer Einkommen und Vermögen sind.[Abb 12]

Die fehlende Nachfrage muss dann ausgeglichen werden durch bis zur Untragbarkeit ausgeweitete Staatsschulden, private Verschuldung, Exportüberschüsse. Das erzeugt extreme Ungleichgewichte und letztlich immer neue Krisen. Die überschüssigen Geldmassen fließen in den Finanzsektor und blähen diesen auf. Folgen:

- Fehlallokation von Kapital in der Realwirtschaft (z.B. im Immobiliensektor)
- Perpetuierung des Rendite-Tributs via Zinseszinsmechanismus und seine aktuelle Sanktionierung durch ESM und Fiskalpakt
- Machtverschiebung zu den Finanzmärkten

<sup>8</sup> Wilkinson/Pickett, Gleichheit ist Glück, 2010

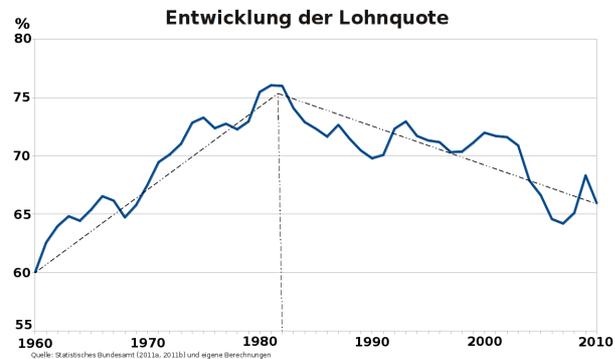


Abb. 1



Abb. 2

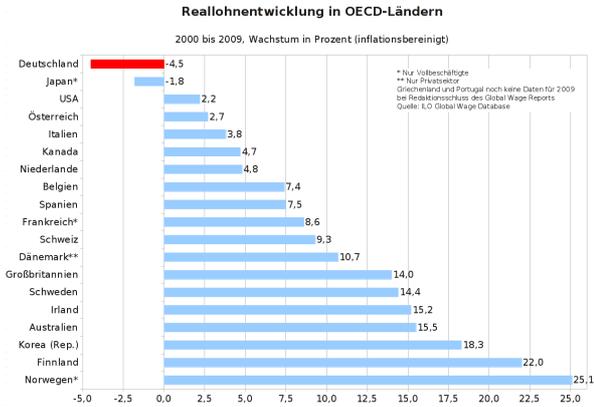


Abb. 3

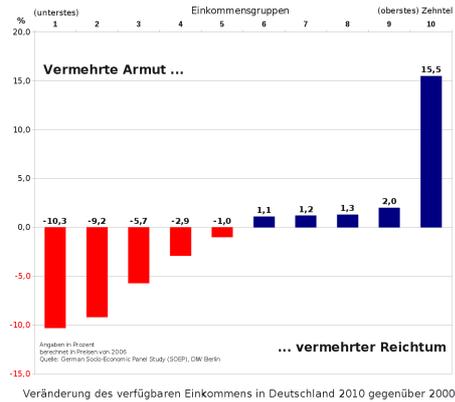


Abb. 4

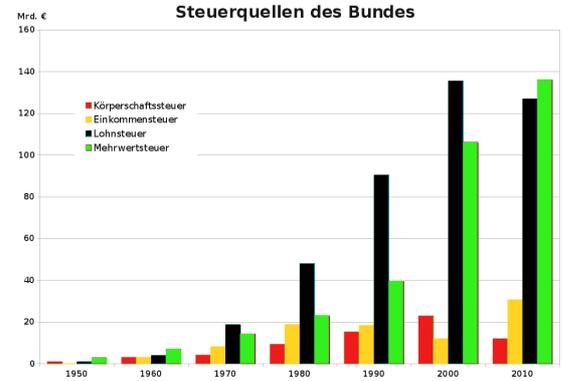


Abb. 18



Abb. 19

### Verteilung der Steuerlast

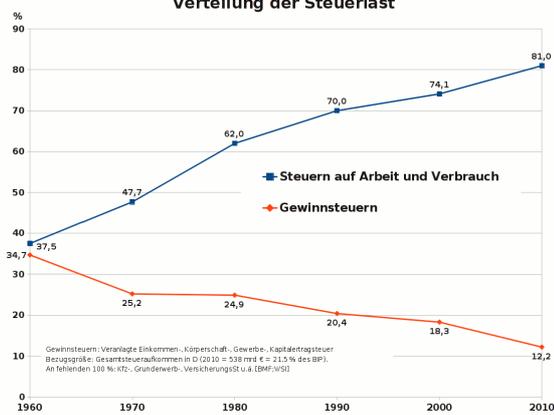


Abb. 16

### Abgabenbelastung von Arbeits- und Kapitaleinkommen

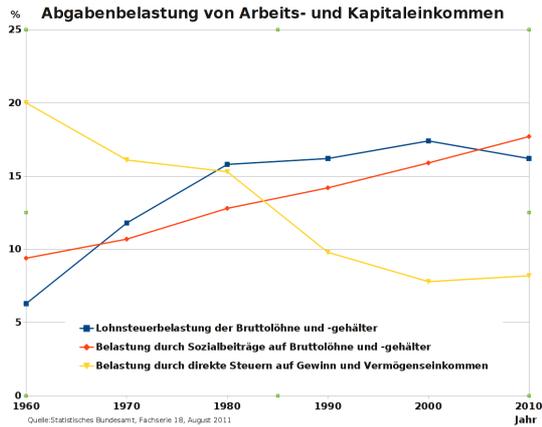


Abb. 17

### Einkommensverteilung

Anteile am Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit nach Dezilen, in Prozent, 2005

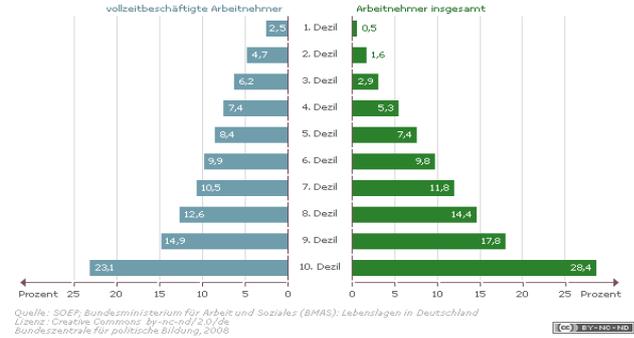


Abb. 5

### Vermögensverteilung

Nach Zehnteln, Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, 2002 und 2007\*

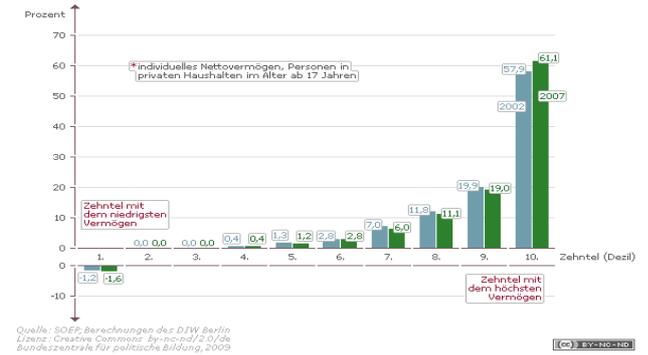
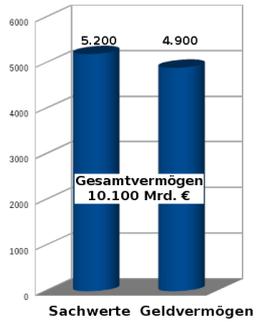


Abb. 6

### Vermögen 2010 in Mrd. €



### Verteilung der Geldvermögen

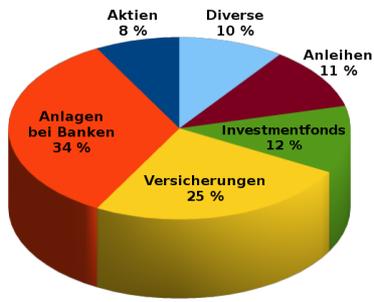


Abb. 7

### Unternehmenssteuersätze

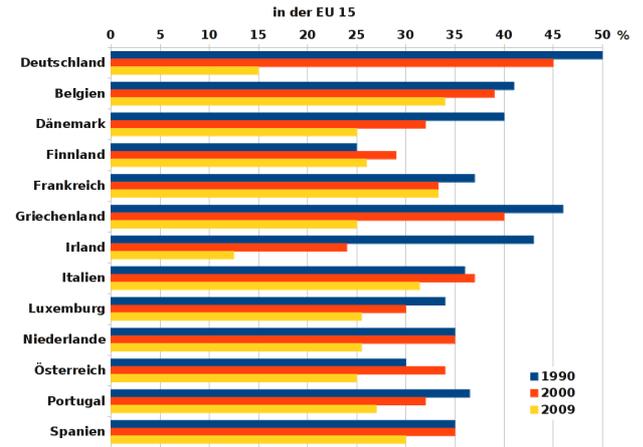
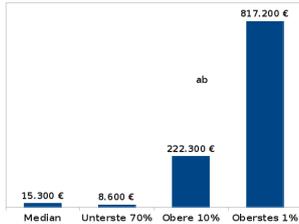
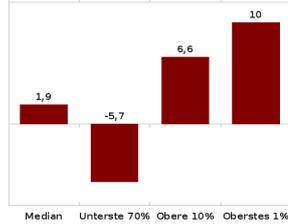


Abb. 15

### Vermögen 2007 pro Haushalt in Euro



### Veränderung 2002 - 2007 in %



Quelle: DW, 21.01.09

Abb. 8

### Anteil Vermögenssteuer

am Gesamteueraufkommen 2008

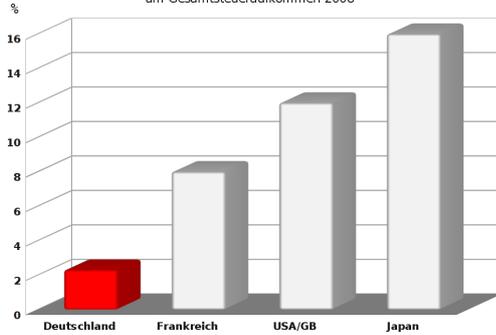


Abb. 13

### Erbschaftssteueranteil

am BIP

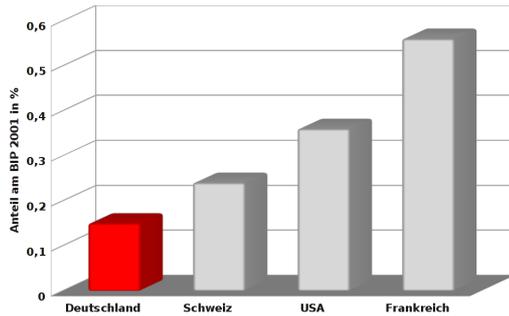
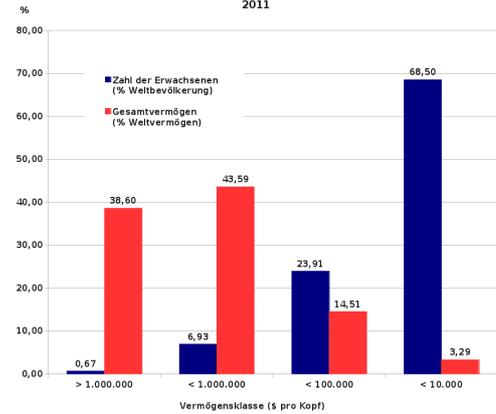


Abb. 14

### Globale Vermögensverteilung

2011



Quelle: Credit Suisse, Global Wealth Databank 2011

Abb. 9

# Geldvermögen und Schulden in Deutschland

Gegenüberstellung in % des BIP - 1950 - 2010

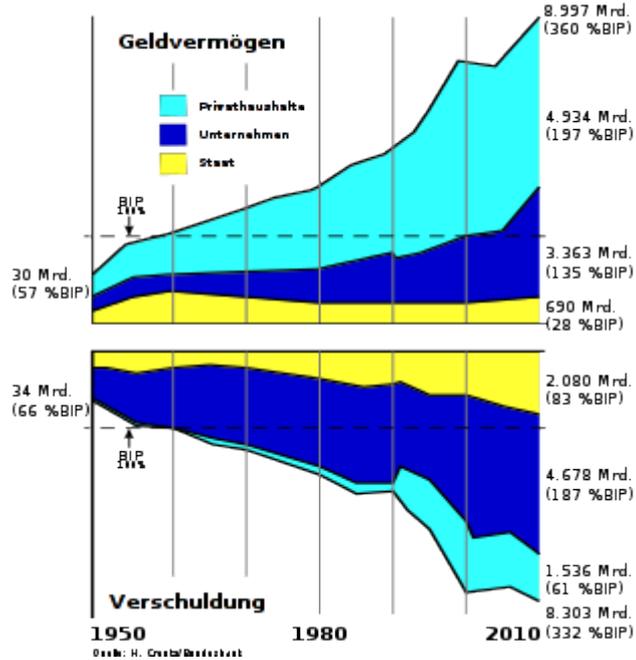


Abb. 10

# Umverteilung des Geldes über die Zinsen

bezogen auf 10 Haushaltsgruppen  
mit je 3,8 Millionen Haushalten in Deutschland

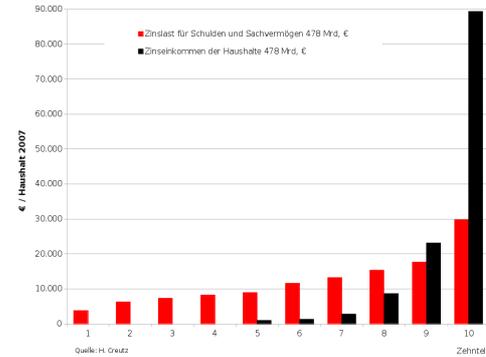


Abb. 11

# Sparquoten der Haushalte

in verschiedenen Einkommensgruppen 2001

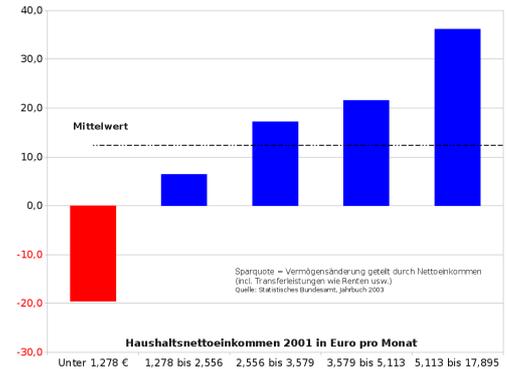


Abb. 12